



Ist das die Einigung des Proletariats?

Ein Mahnwort an alle
SPD.- und USD.-Arbeiter
vor der Verschmelzung



V . I V . A

Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten

G. m. b. H. (Frankes Verlag) Berlin SW 61

80
40034

Signature

Fritz Sperber

▽ 38/80/40034(6)

27

I. „Das Proletariat ist geeinigt — denn USP. und SPD. vereinigen sich.“

Zubel herrscht in der Presse der SPD.: die Spaltung des Proletariats ist beendet! Zubel herrscht fast in der gesamten Presse der USPD.: die beiden sozialistischen Parteien vereinigen sich wieder! Doch in den Zubel klingen auch mißmutige Töne. Alte Kämpfer wie Ledebour sagen grob und bitter: diese Einigung mache ich nicht mit! Andere — wenige zwar, aber doch solche, deren Namen in der USPD. guten Klang haben — klagen: das ist nicht die Einigung des Proletariats, wie sie sich die Klassenbewußten Arbeiter vorgestellt haben; das ist auch nicht die Einigung, wie wir sie uns vorgestellt haben. Einigung — so sagen sie — ist nur dann vorhanden, wenn alle drei Arbeiterparteien sich verschmelzen, wenn die „unselige Zerspitterung“ des Proletariats ein Ende gefunden hat, wenn alle Klassenbewußten Arbeiter sich in einer Partei gefunden haben, alle, Scheidemänner und Kommunisten, rechte Unabhängige und linke. Und noch andere — wiederum wenige — Unabhängige gibt es, die sich aufbäumen möchten gegen die Vereinigung mit der Partei, die nicht nur einen Winnig und Lensch hervorgebracht, die einen Roske in ihren Reihen nicht nur duldet, sondern hohe Funktionen bekleiden läßt. Noch andere — auch nur wenige — Unabhängige gibt es, die nicht so ohne weiteres das Leipziger Aktionsprogramm der USPD. preisgeben wollen zugunsten des Görlitzer Stinnesprogramms der SPD. Wenn auch das Bekenntnis zum Rätesystem und zur Diktatur des Proletariats im Leipziger Programm nie in der Praxis Leben erhielt — der glatte Uebergang zum Programm der Arbeitsgemeinschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zur Koalitionspolitik mit Stinnes, das Aufgeben des Gedankens der Revolution widersprecht manchem Führer der USPD.

Aber ihr Unbehagen verbergen sie durch nichts sagende Redensarten: jawohl, es ist schmerzlich, zurückzukehren zur SPD. — aber das Wohl des gesamten Proletariats erfordert die „Einigung“. Jawohl, die SPD., so wie sie ist, ist reformistisch; aber unsere Aufgabe ist es, sie revolutionär zu machen. Jawohl, wir werden einiges von unseren Anschauungen opfern müssen, aber auch die SPD. wird uns entgegenkommen müssen. Jawohl, die Einigung ist noch nicht vollkommen, weil die Kommunisten noch abseits bleiben; aber sie werden uns nachkommen. Jawohl, wir sind gegen diese Einigung; aber wir werden uns dem Willen der Mehrheit der Parteigenossen fügen. So sprechen die oppositionellen Führer in der USPD., denen es bei der Vereinigung nicht ganz freudig ums Herz ist.

Und jeder ihrer Gründe ist ein Grund gegen diese Art der Vereinigung.

„Das Wohl des gesamten Proletariats erfordert die Einigung?“ Die Einigung mit Noske, dem Proletarierschlächter, dem Organisator der Weißen Garden, dem Beschützer der wilhelminischen Generale? Mit Scheidemann, dem kaiserlichen Staatssekretär, dem Volksbeauftragten, der es für seine erste Pflicht hielt, nachdem die Revolution gegen seinen und seiner Parteifreunde Willen ausgebrochen war, das Privateigentum der Bankiers, Schieber und Großkapitalisten zu schützen? Mit Ebert, dem Präsidenten der Stinnesrepublik, in der das Proletariat vor Hunger verreckt, während der Herr Präsident sich an die Großindustriellen hält — weil er zur Kraft des Proletariats kein Zutrauen hat?

Nein, die Vereinigung mit diesen Sozialdemokraten, die seit Jahren gegen die Arbeiter regieren, unter deren Herrschaft die monarchistische Reaktion gewachsen ist wie eine Riesenschlange am Busen des Proletariats und jetzt das Proletariat zu erdrücken droht, deren Regierung die gesamte deutsche Wirtschaft einer Handvoll von Großkapitalisten vom Schlage des Stinnes ausgeliefert hat, die Vereinigung mit diesen Leuten dient nicht dem Wohl des gesamten Proletariats.

Über werden die USPD-Genossen nach der Vereinigung die geeinte Partei nicht revolutionär machen?

Wer das glaubt, der täuscht sich bitter. Die Führer der USPD. segeln seit Jahren im Fahrwasser der SPD. Der Apparat der großen, starken Regierungspartei wird die wenigen Oppositionellen so rasch aufsaugen, daß sie, deren Rückgrat ja von vornherein gebrochen ist, spurlos untergehen werden in der großen Partei. Und weiter: trotzdem die ehrlichen USPD.-Arbeiter das nicht bemerken wollen — die USPD. ist seit Jahren auch Regierungspartei, anonyme, ja sogar offenkundige Koalitionspartei. Hat sie nicht der Wirth-Regierung immer und immer wieder ihr Vertrauen ausgesprochen? Hat sie nicht diese Regierung gerettet nach dem Eisenbahnerstreik, nach der Ermordung Rathenaus? Die USPD. hat SPD.-Politik gemacht, sie geht zur SPD., um dort weiterhin als Regierungspartei zu wirken. Sie würde die SPD. nicht revolutionieren können, selbst wenn sie wollte. Aber sie will nicht einmal — denn dann müßte sie fortgehen von der SPD. mit ihrer rein-bürgerlichen, arbeiterfeindlichen Koalitionspolitik.

Und die oppositionellen Führer wissen das. Matt ist ihr Kampf gegen die Vereinigung und hohl ihre Gründe.

„Wir werden einiges opfern von unseren Grundsätzen — aber auch die SPD. wird das tun müssen“ — so sagen sie und begreifen nicht, daß sie sich selbst damit ausspeitschen.

Denn die SPD. als Partei hat keine Grundsätze; sie kann „opfern“, soviele ihr nötig erscheint.

Ist für die SPD. „Demokratie“ ein Grundsatz? Sie hat sich nie geschaut, die formale Demokratie abzuschaffen, so oft es galt, Arbeiter niederzuhalten. Aber an diesem Scheingrundsatz — an dem die Bürgerlichen festhalten, um ihre Diktatur über die Arbeiterklasse auszuüben — wird die SPD. festhalten.

Anderere „Grundsätze“ hat sie nicht.

Mithin wird die USPD. gerade den Grundsatz der Diktatur des Proletariats fallen lassen müssen, einen Grundsatz, der sie von den Reformsozialisten wenigstens auf dem Papier unterscheidet.

Für dieses „Opfer“ — das den Tod des revolutionären Gedankens bedeutet — wird die SPD. von ihrem Görlitzer Programm preisgeben, was man nur will.

Und in der Tat: warum soll sie nicht das theoretische Bekenntnis zur Koalitionspolitik fallen lassen, wo sie doch praktisch Koalitionspolitik treibt?

Aber nicht einmal das wird die SPD. nötig haben: hat sich doch die USPD. während der Rathenaufriese bereit erklärt, auch in die Koalition zu gehen, die in Wirklichkeit, ohne daß die Deutsche Volkspartei in ihr sitzt, eine Stinnes-Koalition ist. Und dann: steht nicht die SPD. in Preußen in einer wirklichen Koalition mit Stinnes? Und glaubt irgendwer, sie werde diese „große Koalition“ aufgeben, wenn die USPD. zur SPD. geht?

Nein! Die SPD. wird nichts opfern, die USPD. alles, was sie bisher wenigstens auf dem Papier von der Scheidemannpartei unterschied.

„Aber was soll man tun? Die Mehrheit der Mitglieder der USPD. drängt doch auf die Einigung!“

Nachdem die Mehrzahl der Führer der USPD. die Mitglieder mit allen Mitteln in verzweifelte Stimmung gedrängt hat, um ihnen dann den rettenden Hasen, die „Einigung“ zu zeigen, „drängen“ die Mitglieder auf Einigung.

Ja, die ehrlichen Arbeiter aus der USPD. glauben an das Wunder. Ja, sie klammern sich an diese letzte Hoffnung.

Aber wir müssen ihnen in letzter Stunde zurufen:

Genossen! Besinnt Euch!

Was ist das für eine „Einigung“ ohne die Kommunisten? Ihr „haltet nichts“ von den Methoden der Kommunisten — aber Ihr wißt doch, daß sie ehrliche Revolutionäre sind. Ihr seht doch, daß sie an Einfluß in den Arbeitermassen von Tag zu Tag gewinnen. Ihr folgt doch im praktischen Tageskampfe den Vorschlägen der Kommunisten! Besinnt Euch, Genossen! Die „Einigung“, von der Ihr heute noch das Heil des deutschen Proletariats erhofft, wird nur die Bourgeoisie stärken, deren sicherstes Bollwerk gegen die Arbeiterklasse die Arbeitermassen sind, die noch den reformistischen Führern folgen.

Besinnt Euch, Genossen! Die einzige Einigung, die dem Proletariat nützt, ist die Einigung im Kampfe gegen die Bourgeoisie. Und gerade diesem Kampfe werden die Führer der geeinten SPD. ausweichen.

Oder gibt es noch Arbeiter, die glauben, allein die Masse der in einer sozialdemokratischen Partei Organisierten sei eine Gewähr für Erfolg?

Diese Arbeiter mögen sich besinnen auf die „einige“ SPD., die an einem Tage, dem 4. August 1922, kapitulierte.

Oder gehen die Arbeiter der USPD. wirklich über zum Reformismus und erhoffen nichts mehr vom revolutionären Klassenkampfe?

Dann mögen sie nur einen Blick werfen auf das ungeheure Elend, das die reformistischen Führer über die Arbeiter in Deutschland und Oesterreich, in England und Amerika gebracht haben. Sie mögen auch einen Blick werfen auf die Kämpfe, die sie jetzt selbst führen gegen Verelendung und Teuerung und gegen die Offensive des Kapitals: sie führen diese

Kämpfe mit revolutionären Mitteln, und sie lehnen sich auf gegen die Sabotageversuche der reformistischen Führer.

Ohne es zu bemerken, beginnen sie, nicht nur USPD-Arbeiter, sondern auch SPD-Arbeiter, ja alle klassenbewußten Proletarier,

die wirkliche Einigung des Proletariats, die Einigung in der Abwehrfront der proletarischen Klasse gegen die Bourgeoisie!

Und in demselben Augenblick, in welcher sie diese gewaltige Front schließen, sollten dieselben USPD-Arbeiter in die Reihen der Partei gehen, welche ihrem Programm und ihrer Praxis nach gegen den Kampf der Arbeiterklasse kämpfen muß und deren Mitglieder zu großen Teilen durch ihre Tageskämpfe, ohne das selbst zu bemerken, gegen Programm und Taktik ihrer Partei rebellieren?

Nein, Genossen! In diesem geschichtlichen Augenblick, in dem das deutsche Proletariat beginnt, sich zusammenzuschließen zur Abwehr der Katastrophe in die seine Klassenfeinde, die Bürgerlichen, es hineingestürzt haben, in diesem Augenblick darf kein klassenbewußter Arbeiter zur Partei der Reformsozialisten gehen, muß vielmehr jeder revolutionäre Proletarier, der der SPD. noch angehört, fortgehen aus dieser Partei des Verrats an der eigenen Klasse!

Und wenn mancher Genosse aus der SPD. und USPD. glaubt, hier rühren die Kommunisten die Reklametrommel für sich, so wollen wir ihm auch darauf antworten. Doch vorher wollen wir den ehrlichen Proletariern aus SPD. und USPD. zeigen, was ihre eigenen Parteigenossen über diese Parteien gesagt und geschrieben haben. Wir werden dabei im Wesentlichen uns auf einige bezeichnende Äußerungen und Urteile führender USPD.-Leute über die SPD. beschränken.

II. Einige zeitgemäße Erinnerungen.

Die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei vor dem Kriege war eine Entwicklung zum Reformismus, zur Arbeitsgemeinschaft, zum Sozial-Patriotismus. Eine geschickte Leitung von durchtriebenen Reformisten duldete eine kleine, radikale Gruppe von Führern, die praktisch völlig bedeutungslos war, ließ das Zentrum, mit dem Theoretiker Kautsky an der Spitze, die Ideologie der Partei „radikal“ verbrämen und aufputzen, hielt dafür die gesamte Parteiorganisation fest in der Hand. Ohne auf die Geschichte der SPD. vor 1914 einzugehen, sei nur bemerkt, daß der Gang immer folgender war: eine Gruppe „unvorsichtiger“ Revisionisten macht einen Vorstoß, der von der Parteileitung unter Beihilfe des „radikalen“ Zentrums „pariert“ wird durch einen Parteitagsbeschuß, der sehr streng und konsequent klingt — die wirklichen Radikalen werden mit ihrer Kritik kaum gehört, weil das Zentrum sich noch „radikaler“ gebärdet — und in der Praxis kümmert sich kein Mensch um den Beschuß; vielmehr geht die ganze Partei, wie die gesamte 2. Internationale konsequent den Weg, der zum August 1914 geführt hat.

Weshalb muß man sich heute an diese Tatsachen erinnern?

Weil jene scheinbare „Einheit“ der Partei wie der Internationale die ehrlichen Arbeiter einlullte und weil sie alles, was vorher „selbst-

verständlich" schien, selbstverständlich zum alten Eisen warf und mit fliegenden Fahnen zum Patriotenklügel übergang.

Haben die Arbeiter schon die Erklärung Haafes vergessen, die er im Namen der Sozialdemokratie am 4. August 1914 im Reichstag abgab?

„Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich!“

Die Einheitsfront war da: mit Kaiser Wilhelm. Und die Einheit der Partei wurde benutzt zur Unterstützung der Burgfriedenspolitik im Innern, der imperialistischen Räuber- und Annexionspolitik nach Außen. Und so wie in Deutschland handelten die sozialdemokratischen Parteien fast überall: die scheinbare „Einheit“ war eine Einbildung, und jenes Gebilde, die Internationale, zerfiel in lauter einzelne Teile, eben weil es nicht zusammengehalten war durch gemeinsame Grundsätze, sondern lediglich durch — eine Phrase. Diese verlogene Einheit nützte der Bourgeoisie mehr als alle Kanonen. Denn die nicht patriotischen Massen hatten kein einziges Organ, um den Kampf gegen den Krieg aufzunehmen, weil ja der ganze Parteiapparat der „einigen“ Partei in den Händen der Ueberläufer zur Bourgeoisie war.

Aber dasselbe gilt von den Parteien der Internationale. Die Führer der SPD. und USPD. schwindeln bewußt, wenn sie die Kommunisten als „Spalter“ beschimpfen:

Haben denn die Arbeiter schon vergessen, weshalb sich die USPD. gebildet hat?

Haben sie vergessen, daß die USPD. entstand, weil die ehrlichsten deutschen Sozialdemokraten die wilhelminische Kriegspolitik nicht dulden wollten, für die die führenden Sozialdemokraten durch Dick und Dünn gingen, auch wenn sie „Opposition“ spielten?

Wir wollen nicht an alle Schandtatzen der SPD.-Führer während des Krieges erinnern. Aber wir wollen jetzt führende USPD.-Leute über die SPD., ihre Politik und über die Einigung sprechen lassen, wir werden sehen, daß sie zu Beginn der deutschen Revolution — und nur über die letzten Jahre wollen wir sprechen — die SPD.-Führer nicht anders beurteilten, als wir Kommunisten.

Am 4. November 1918 erließ die Regierung Wilhelms II., die eifrig die 9. Kriegsanleihe vorbereitete, einen Aufruf, unterschrieben von Max. Prinz von Baden, v. Payer, Dr. Friedberg (nationalliberal), Dr. Solf, Graf v. Roedern, Dr. v. Krause (nationalliberal), Rüdlin, v. Waldow, Freiherr v. Stein (Konservativ), Scheidemann (SPD.), Gröber (Zentrum), Erzberger (Zentrum), Haußmann, Bauer (SPD), Trimborn (Zentrum), v. Mann, Scheich.

Diese famose Stinnes-Koalitionsregierung des Kaisers wollte dem „deutschen Volk“ erzählen:

„Kampf und Friede sind unsere gemeinsame Aufgabe. Staat und Reich sind unsere gemeinsame Zukunft. Euer Vertrauen (!), das uns unentbehrlich ist in der Stunde der Gefahr, ist in Wahrheit nichts anderes als das Vertrauen des deutschen Volkes zu sich selbst (!!) und zu seiner Zukunft.“

Die Sozialdemokraten Scheidemann und Bauer forderten also „Vertrauen“ zu den Scharfmachern und Generalen Wilhelms, nannten dieses

Kabinett die „Zukunft“ Deutschlands — während an der Wasserkante bereits die Matrosen und Arbeiter die rote Fahne der Revolution hielten.

Mit Recht schrieb am 9. November 1918 die unabhängige „Leipziger Volkszeitung“ über diese Regierung, in der Sozialdemokraten saßen, um die Arbeiter zu „Ruhe und Ordnung“ zu bringen:

„Der wahre Charakter der „Volksregierung“ ist enthüllt. Sie ist entlarvt. Sie ist eine Regierung des Imperialismus und des Krieges.“

Und dieselben Regierungssozialisten, die am 4. November mit Herrn v. Stein und Max von Baden, mit dem Scharfmacher Friedberg und mit dem Admiral v. Mann sich als „die Zukunft“ Deutschlands bezeichneten, mahnen am 8. November, als die Revolution fast im ganzen Reich gesiegt hat, die Arbeiter — zu „Ruhe und Ordnung“.

„Nur jetzt keine Unbesonnenheiten, die das an der Front beendete Blutvergießen im Lande wieder aufleben machen!“

Fürwahr, durch diese „Führer des Proletariats“ wäre kein Gegenrevolutionär geschreckt worden, durch diese Jammerlappen, die am 8. November, nachdem in Bayern, in ganz Norddeutschland die Arbeiter die Macht übernommen hatten, zur „Besonnenheit“ mahnten.

Die „Freiheit“ hatte recht, als sie schrieb:

„Die rechtssozialistischen Führer haben immer gehemmt und gezögert, obwohl die revolutionäre Situation energisches Vorwärtsschreiten verlangt. Sie bestanden auf der möglichst ausgedehnten Heranziehung der Bürgerlichen zu den obersten Regierungsstellen . . . Vor allem aber hat der Gedanke an die Gewaltanwendung sie zurückschrecken lassen vor jedem entscheidenden Schritt gegen den Militarismus.“

(„Freiheit“, 28. 12. 1918.)

Und das war nicht etwa eine einmalige Schmeichelei! Ganze Seiten könnte man füllen mit den heftigen Angriffen der „Freiheit“ auf die SPD. Wie beurteilt die „Freiheit“ die Revolutionstätigkeit der SPD-Leute? Nun, sie schreibt:

„Aber wer hat den Weg zur Revolution, zur Freiheit gezeigt? Wer ist ihn gegangen? Der „Vorwärts“ nicht, die Mehrheitssozialisten nicht. Sie wollen nur scheinen, was sie nicht sind. Sie sind keine Führer, sie sind nur Schieber. Nicht einmal Schieber. Nur Geschobene!“

(„Freiheit“, 3. 1. 1919.)

Aber vielleicht sind nur unklare Köpfe in der USPD, so schlechter Meinung von der SPD, gewesen? Die USPD. saß doch schließlich mit der SPD. zusammen in der ersten Revolutions-Regierung! Nun, sie flog ja bald aus ihr heraus und die SPD. ging zur Koalitionspolitik über. Und der klügste Kopf der USPD., Hilferding, äußerte sich in der „Freiheit“ über die Rolle der SPD. wie folgt:

„Heute erhebt sich der niedergebrogene Militarismus von neuem und statt einer sozialistischen Regierung ergreift die Herrschaft eine Koalition, in der die Bürgerlichen die Herren sind.“

Wir sind der Ueberzeugung, daß die Hauptschuld an dieser Entwicklung die rechtssozialistische Führung trägt, deren Träger in Wahrheit nicht den Glauben an den Sozialismus besitzen und deshalb von

Anfang an die Verbindung mit dem Bürgertum, die sie während des Krieges hergestellt hatten, aufrecht zu erhalten suchten.“

(„Freiheit“, Febr. 1919.)

Aber vielleicht war diese Aeußerung nur im Unmut geschehen? Nein; Hilferding sagte damals dasselbe, was wir Kommunisten noch heute sagen über die Rolle der SPD. und ihrer Koalitionspolitik:

„Unterdessen sind die Gefahren, die der Revolution und dem Sozialismus drohen, immer größer geworden. Die neue Regierung wird diese Gefahren nur vermehren. Die „breite Parteibasis“, die die rechtssozialistische Führung herzustellen sucht, hat ja nur den Sinn, einen möglichst großen Teil des Bürgertums zu gewinnen, um mit seiner Hilfe desto energischer und unbefümmter einem Teil der Arbeiterklasse entgegenzutreten zu können.“

(„Freiheit“, Febr. 1919.)

Und Hilferding sprach damals nicht in der Hitze des Gefechts, wie etwa Breitscheid am Grabe Liebknechts, den die Koskergarden gemordet hatten. Herrn Breitscheid tun seine Worte sicher heute leid:

„Wir klagen die Männer an, die den Namen des Sozialismus beschmutzt haben, und wir klagen nicht nur an, wir geloben vor den Wunden dieser Toten, daß wir nicht ruhen und rasten wollen, bis die Schmach dieser Tat von dem Namen des deutschen Volkes getilgt ist. Es ist ein Fleck auf der Ehre der gesamten deutschen Nation, und diese Nation kann keinen Platz unter den Kulturvölkern der Welt beanspruchen, solange nicht diejenigen, die die Schuld an diesem Brudermord tragen, von den Stellen beseitigt sind, von denen aus sie heute das Land regieren;“

(„Freiheit“, Januar 1919.)

Breitscheid wird heute bei den „Männern, die den Namen des Sozialismus beschmutzt haben“, um Aemter betteln und „nicht ruhen und rasten“, bis er das Amt hat.

Aber Hilferding, der kühle, berechnende Politiker, sah die Dinge damals anders an: er, der heutige Einigungsapostel, schrieb damals:

„Die Einigung kann sich nicht vollziehen von oben her. Die rechtssozialistische Führung ist festgelegt, der Bund mit den Bürgerlichen geschlossen, und sie verlangt die Einigung als vollständige Kapitulation.“

(„Freiheit“, Febr. 1919.)

Er sah, daß Einigung nur von unten her, im Kampfe möglich ist (wogegen heute alle Leute um Levi herum zetern). Aber heute spekuliert er und mit ihm der andere, dümmere Führerkügel auf die Vergeßlichkeit der Arbeiter, derselben Arbeiter, denen sie früher zuriefen:

„Die Regierung Ebert-Scheidemann hat ihr revolutionsfeindliches Treiben zu einem neuen niederträchtigen Anschlag gegen die revolutionäre Arbeiterschaft Groß-Berlins gesteigert. Mit Hilfe der Bajonette will die Ebert-Regierung mit ihren Helfershelfern im preussischen Ministerium ihre Macht stützen und sich die Gunst des kapitalistischen Bürgertums sichern, dessen verkappte Interessenvertreter sie von Anfang an waren.“

(„Freiheit“, Jan. 1919.)

Die Führer der USPD. schreien heute: hinein in die SPD. — und sie nannten früher die SPD. und ihre Regierung so:

„Der Rechtssozialismus als Bremskloß am Wege des Weltgeschehens, in der Tat, ein sehr richtiges Bild.“

(„Freiheit“, 3. Jan. 1919.)

„Keine bürgerliche Regierung hatte der deutschen Arbeiterbewegung so viel Schaden zufügen können, wie diese sozialistische, die den Namen nur deshalb führen kann, weil sie die Regierung der Diskreditierung des Sozialismus ist.“

(„Freiheit“, 1. Febr. 1919.)

Über vielleicht sind die bösen Kommunisten schuld daran, daß man sich heute „vereinigen“ muß? Nun, die Spalter waren damals, als die „Freiheit“-Redakteure noch radikal schreiben mußten, andere; und damals bedrohte die „Freiheit“ die SPD-Leute als Spalter mit dem Fluch der deutschen Arbeiterschaft:

„Die Abrechnung wird kommen, und dann wird es nicht die durch die Politik der rechtssozialistischen Führer zerrissene und zerspaltene Arbeiterschaft sein, die Rechenschaft fordern wird, sondern dann wird das geeinte, zu neuer Macht erstandene deutsche Proletariat Gericht halten!“

(„Freiheit“, 1. Febr. 1919.)

„Wann endlich wird das deutsche Proletariat sich aufraffen, sich einigen und in letzter Stunde seine Sache vor diesen Führern retten?“

(„Freiheit“, 25. Jan. 1919.)

Über vielleicht sind jene Führer aus der SPD. entfernt? Vielleicht sind jene Hindernisse der Einigung beseitigt?

Keine Spur! Dieselben Leute, gegen deren Politik und Person die USPD. damals laut protestierte — dieselben Leute sitzen heute in denselben Stellungen, und die USPD. geht mit Freuden zu ihnen. Damals hieß es:

„Wir unabhängigen Sozialdemokraten erheben mit allem Nachdruck Einspruch gegen diese Politik der rechtssozialistischen Führer, und wir warnen alle Arbeiter, ihnen auch noch auf diese Bahn, die zum Abgrund führt, zu folgen!“

(„Freiheit“, 23. Jan. 1919.)

„Angst vor sozialistischem Mut ist ihr Kennzeichen.“

Über die Politik einer solchen Koalitionsregierung braucht nicht viel gesagt zu werden. Schon die rechtssozialistischen Führer haben keine Politik getrieben, die man als sozialistisch bezeichnen kann. Sitzen sie erst mit den Demokraten zusammen in der Regierung, dann würde die bürgerliche Demokratie über den Inhalt der Politik entscheiden.

Wir meinen, eine solche Politik widerspricht den Interessen der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands.“

(„Freiheit“, 23. Jan. 1919.)

„Schande. Nein, das war nie da! Das blieb der Regierung Ebert-Scheidemann vorbehalten!“

. Es war in der Blütezeit des alten Gewalt-Regimes, da alle öffentlichen Umzüge und Demonstrationen verboten waren. Aber vor der Majestät des Todes hatte die alte Bürokratie, die alte Junker- und Militärherrschaft doch noch einigen Respekt.

Über die Ebert-Scheidemann-Landsberg-Noske verfolgen die Revolutionäre, die sie zu Tode gehehrt haben, noch in den Särgen.“

(„Freiheit“, 25. Jan. 1919.)

Damals, während der blutigen Schlachten, die die Garden der Nozze gegen die revolutionären Arbeiter schlugen, hieß es:

„Schon daß Ebert und seine Freunde so lange gebraucht haben, um die Verantwortung für die blutigen Vorfälle zu übernehmen, beweist, wie schwer ihnen selbst diese Verantwortung wird . . . Die unglückselige Rolle, die Wels bei der Entstehung des Konflikts gespielt hat, wird verschwiegen; über sein ebenso ungeschicktes wie provokatorisches Vorgehen wird der Mantel der Parteifreundschaft gebreitet.“

(„Freiheit“, 27. Dez. 1918.)

„Wels ist ein Unglück . . . Er ist der denkbar ungeeignetste Mann, der für diesen Posten hätte gefunden werden können. Schon die Vorgänge am 6. Dezember haben bewiesen, daß er unfähig ist, zu disponieren. Und seine Unzulänglichkeit ist schuld an dem Blutbad in der Chausseestraße. Schon damals hätte er entfernt werden müssen. Es ist nicht geschehen, und das ist die Schuld seiner Freunde in der Regierung.“

(„Freiheit“, 25. Dezember 1918.)

„Wels fehlt jede Umsicht, jede Fähigkeit, zu verhandeln und Vertrauen zu gewinnen. Er ist brutal, wo nur Verständigung am Platze ist.“

(„Freiheit“, 25. Dezember 1918.)

Doch vielleicht haben sich die unabhängigen Führer im Interesse der Sache zur Einigung entschlossen, trotzdem sie sich mit den Personen — Wels ist ja Vorsitzender der SPD. — nicht einverstanden erklären können?

Aber dem stehen sachliche Erwägungen entgegen. Denn wenn am 9. November 1919 die „Freiheit“ schrieb:

„Die Herren Bourgeois und Rechtssozialisten verlangen von Euch in dem Flugblatt, Ihr sollt so tun, „wie Ihr es 1914 getan habt“ . . . Sie bereiten ein neues Blutbad vor, und diesmal nicht gegen den äußeren, sondern gegen den inneren Feind, die klassenbewußten Arbeiter.

Ueber 4 Jahre haben sie ihre verderbliche Kriegspolitik getrieben und damit unser Volk bis zum Weißbluten gebracht, unser Wirtschaftsleben zerstört, Hunger und Not über die Massen verhängt. Jetzt sollen die blutigen Orgien weitergehen.

Kein ehrlich denkender Arbeiter wird diesem schändlichen Loos folgen. Die Ebert-Scheidemann, Landsberg-Nozze haben jede Achtung bei den Massen verloren, auch bei denjenigen, die sich bis jetzt noch nicht entschließen konnten, sich vollständig von ihnen abzuwenden. Als Begünstiger der Weißen Garde, als Beschützer . . . der Bourgeoisie sind sie für immer in den Augen des deutschen und internationalen Proletariats gebrandmarkt.

(„Freiheit“, 9. November 1919.)

So waren das sachliche Erwägungen, die noch ergänzt werden durch die folgenden satirischen (und so richtigen). Bemerkungen zum Jahrestag der deutschen Revolution:

Das neue Erfurter Programm der Rechtssozialisten.

1. Beibehaltung der Todesstrafe (insbesondere gegen Revolutionäre).
2. Keine Wahl der Behörden durch das Volk. Ernennung der Beamten durch die gottgewollte Regierung.
3. Keine direkte Gesetzgebung durch das Volk.

4. Aufrechterhaltung der Zensur.
5. Unterdrückung der freien Meinungsäußerung.
6. Abschaffung der Vereins- und Versammlungsfreiheit. (Anmerkung zu Punkt 4—6: alles Nähere in diesen Fragen hat der Befehlshaber zu regeln!)
7. Keine Trennung von Staat und Kirche. Erklärung der Religion zur Staatsangelegenheit.
8. Befoldung der christlichen Geistlichen durch den Staat.
9. Keine Einführung der Einheitschule. Die höhere Bildung steht nur den besitzenden Klassen zu. Schaffung der reinen Konfessionsschule.
10. Keine Volkswehr. Schaffung eines Söldnerheeres, dessen Offiziere nur aus konservativen, möglichst adeligen Familien zu nehmen sind. Rasches Advancement für Massenmörder.
11. Möglichste Erhöhung und Ausdehnung aller indirekten Steuern.
12. Ablehnung aller wirklichen Sozialisierung.

(„Freiheit“, 9. November 1919.)

Diese blutige Satire auf die „Errungenschaften“ des ersten Jahres der Revolution ist eine flammende Anklage:

Die Sozialdemokraten haben sogar ihr ganz und gar nicht revolutionäres Erfurter Programm fallen lassen, weil sie als Gefangene der Konterrevolution, wie sie dieselbe „Freiheit“ nennt, die heute als Kopfblatt des „Vorwärts“ verreckt, nicht einmal die bescheidenen Reformforderungen dieses Programms wahr machen wollen.

Damals sagte Luise Ziez, und das wahrlich nicht aus allzu großem Radikalismus, sondern aus dem Bewußtsein, daß die SPD. bürgerliche, arbeiterfeindliche Politik treibt:

„Die Rechtssozialisten sind unablässig am Werk, um den Arbeitern zu suggerieren: das Interesse des Proletariats erfordere die Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteien . . .

Selbstverständlich haben wir geantwortet: die Parteileitung denke gar nicht daran, Einigungsverhandlungen einzuleiten oder irgendwie zu betreiben.“

(„Freiheit“, 24. Dezember 1918.)

Was für Luise Ziez am 24. Dezember 1918 „selbstverständlich“ war, ist jetzt selbstverständlich das Gegenteil von selbstverständlich. Damals sagten sie, „daß sie die Selbständigkeit ihrer Partei als geschichtliche Notwendigkeit betrachten“. Damals wollten sie nichts mit der SPD. zu tun haben, weil diese „zu den alten Sünden vor der Revolution neue, nicht minder schwere nach der Revolution“ hinzugefügt habe.

„Das Interesse des Proletariats erfordert . . . nicht Verschmelzung der beiden Parteien . . . , sondern: Selbständigkeit der USP. als treue Verfechterin der Ideale des Sozialismus, als Hüterin der Revolution und ihrer Errungenschaften.“

(„Freiheit“, 24. Dezember 1918.)

Und heute wollen dieselben unabhängigen Sozialisten zu denselben Mehrheitssozialisten gehen und den Arbeitern „suggerieren: das Interesse des Proletariats erfordere die Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteien“.

Fürwahr! Arbeiter der USP.! Ueberlegt Euch Euren Schritt!

III. Die USP. war stets eine sozialdemokratische Partei.

Während des Krieges.

Jene drei Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie der Vorkriegszeit, von denen oben die Rede war, mußten die „einheitliche“ Partei auseinandersprengen, sowie die erste wirkliche Feuerprobe zeigte, daß die Partei bürgerlich, sozialchauvinistisch („in der Stunde der Gefahr — Vaterland — Kultur“ und wie die Redensarten aller Bürgerlichen damals waren), unproletarisch, nicht internationalistisch und nicht einmal demokratisch (Imaginationsphantasien der deutschen Sozialdemokraten, kolonialpolitische „Betrachtungen“ usw.), sondern sozialimperialistisch geleitet war.

Aber die Abspaltung ging langsam vor sich, und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, die sich bildete (1916—1917), war keineswegs als eine revolutionäre Klassenkampfpartei entstanden, die die Losung: „Krieg dem Kriege“ und „Ueberleitung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie“ propagiert hatte.

Bielmehr entstand die USP. als pazifistische, demokratische Partei mit völlig verschwommenen Anschauungen, mit der Illusion der Vortrefflichkeit der westeuropäischen und der amerikanischen „Demokratie“, mit der kindischen Hoffnung auf einen „Völkerbund“, der die Welt schön und gut machen würde.

Diese Partei hatte nicht einmal den Mut zur Aufstellung eines Programms oder taktischer Grundsätze, die den scheinradikalen Schaumschlägereien des „marxistischen Zentrums“ der Vorkriegszeit entsprochen hätten. Ja, in dieser Partei konnte der Erzrevisionist Bernstein bis zum Winter 1918 eine Hauptrolle spielen, also ein „Marxist“, der jede Revolution für einen Unsinn und den orthodoxen Marxismus für eine Irrlehre hält, dieweil ja die Klassen gemeinsam die Wirtschaft aufbauen müssen und das Proletariat friedlich in den Sozialismus „hineinwachsen“ wird. Und in derselben Partei war Kautsky, der heftigste theoretische „Gegner“ Bernsteins, führender Mann. Fürwahr, irgend etwas konnte von Anfang an nicht stimmen an dieser Partei, die sich lediglich aus pazifistisch-bürgerlich-demokratischen Gewissenbissen gegen die Bewilligung der Kriegskredite bildete (in England haben Bürgerliche dieselbe Politik gemacht!), und die eine matte, schwächliche feige Opposition gegen die Kriegspolitik der deutschen Imperialisten machte. (Dittmanns Prozeß wegen der Matrosenmeutereien und das klägliche Verhalten der USP.-Abgeordneten, die, anstatt die Matrosenmeutereien im Reichstag zu einem revolutionären Aufruf zu benutzen, erbärmlich kniffen.)

So war es zu begreifen, daß die linksradikalen Strömungen in der deutschen Arbeiterschaft, geführt von den illegalen oder halblegalen Gruppen „Spartakus“ und „Internationale Kommunisten“, gegen die Führer der Unabhängigen, besonders aber gegen deren zentristische Wortführer, die heftigste Kritik übten. Gegen diese Opportunisten erhoben nur ganz wenige, bewährte Führer des revolutionären internationalen Proletariats ihre Stimme, und es wird gut sein, sich heute, wo dieselben Opportunisten reumütig in das große Sammelbecken der Klassenversöhnenden Sozialdemo-

kratie zurückkehren, daran zu erinnern, wer damals, vor 8 Jahren, die Warner waren, deren Stimme den Regierungssozialisten aller Länder „lächerlich“ erschien.

Am 1. November 1914 (!!) schrieb Lenin*, der große Führer der russischen Revolution:

„Der Krieg ist keine Zufälligkeit, keine „Sünde“, wie die christlichen Pfaffen (die Patriotismus, Humanität und Frieden genau so predigen wie die Opportunisten) glauben, sondern eine unvermeidliche Stufe des Kapitalismus . . . Der Krieg unserer Tage ist ein Völkerring. Aus dieser Wahrheit folgt aber nicht, daß man mit dem „Volksstrom“ des Chauvinismus schwimmen soll, sondern daß in Kriegszeiten . . . die Klassegegensätze . . . fortbestehen. Dienstverweigerung, Militärstreik usw. bedeutet einfach eine Dummheit, einen kläglichen und feigen Traum vom waffenlosen Kampf gegen die bewaffnete Bourgeoisie, eine Phantasterei über die Aufhebung des Kapitalismus ohne verzweifelte Bürgerkrieg . . .

Nieder mit den pfäffisch sentimental . . . Träumereien vom „Frieden um jeden Preis!“ Wir wollen das Banner des Bürgerkrieges erheben.“

Wer hat recht behalten? Die „pfäffisch sentimental“ Phantasten von der USP., die auf Wilson und den Völkerbund spekulierten und vom „letzten“ Krieg schwafelten, die Sozialpatrioten, die den Krieg der „deutschen Kultur“ führten, um zum „deutschen Frieden“ (wie Brest-Litowsk!) zu kommen, oder der „brutale“ Lenin, der prophezeite:

„Heute oder morgen, wenn nicht während des jetzigen Krieges, so nach dem Kriege — in diesem oder im nächsten Kriege — wird das proletarische Banner des Bürgerkrieges nicht nur die Hunderttausende der Klassenbewußten Arbeiter um sich ansammeln, sondern auch die Millionen der jetzt durch den Krieg betörten Halbproletarier und Kleinbürger . . .“

Gerade in dem Augenblick, wo Hunderttausende Arbeiter sich um das Banner des Opportunismus scharen wollen, muß ihnen diese Prophezeiung ins Gedächtnis zurückgerufen werden: denn der Bürgerkrieg steht auf der Tagesordnung, und sie werden ihm nicht entgehen, auch wenn sie bis ans Ende der Welt flüchten.

Und wie richtig derselbe Lenin 1915 bereits die Kautsky und Konforten beurteilte, das sei nur an einem Beispiel (von unzähligen) dargetan.

„Die linken Sozialdemokraten in Deutschland behaupten, der Imperialismus und die sich daraus ergebenden Kriege seien keine Zufälligkeit. . . . Daher sei auch der Uebergang zum revolutionären Massenkampf notwendig, denn die Epoche der verhältnismäßig friedlichen Entwicklung sei vorbei. Die rechtsstehenden Sozialdemokraten erklären brutal: Ist der Imperialismus einmal „notwendig“, so müssen auch wir Imperialisten sein. Kautsky in seiner Rolle des „Zentrums“ versöhnt die beiden: „Die äußerste Linke“, schreibt er, „will dem Imperialismus den Sozialismus entgegensetzen. . . . Das sieht sehr radikal aus, ist aber nur geeignet, jeden, der nicht an die sofortige praktische Durchsetzung des Sozialismus glaubt, in das Lager des Imperia-

*) „Gegen den Strom“, Verlag der Kommun. Internationale 1921.

lismus zu treiben.“ . . . Die „Theorie“ läuft darauf und nur darauf hinaus, daß Kautsky durch die Hoffnung auf eine neue friedliche Aera des Kapitalismus das Zusammengehen der Opportunisten und offiziellen sozialdemokratischen Parteien und der Bourgeoisie und ihren Verzicht auf revolutionäre (d. h. proletarische) Taktik während der wirklich stürmischen Zeit rechtfertigt . . .“

Daß diese Charakteristik für die Kriegsjahre stimmt, wird kein ehrlicher Unabhängiger leugnen können. Aber Lenin hat für alle Zeiten recht behalten, wie wir jetzt kurz im einzelnen nachweisen wollen.

In der ersten Zeit der Revolution.

Am 16. November 1918 schrieb die „Freiheit“:

„Die Regierung der sozialen Republik muß unverzüglich Hand an die großen und gerade in diesen Tagen so lebenswichtigen Betriebe legen, muß sie sofort als Nationaleigentum erklären.“

Das klingt gewiß „radikal“ und „sozialistisch“. Aber in der „Freiheit“ saßen eben jene Leute vom „marxistischen Zentrum“, die jede opportunistische Schwenkung durch radikales Geschrei gedeckt hatten. Die Regierung der 6 „Volksbeauftragten“ dagegen, von denen 3 — Unabhängige waren, dekretierte so:

„Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.“

Das Eigentum ist bis zum heutigen Tage gegen „Eingriffe“ — auch des Staates — geschützt worden, und von den übrigen Versprechungen: „ausreichende Arbeitsgelegenheit“, „Bekämpfung der Wohnungsnot“, „Sicherung einer geregelten Volksernährung“ ist selbstverständlich nichts erfüllt worden.

Die ewige Halbheit der U.S.P. rächte sich an der deutschen Revolution: hier, wo mit Phrasen nicht mehr auszukommen war, ließ sie sich von den brutalen S.P.D.-Politikern (Kosze, Landsberg) einfach ins Schlepptau nehmen und wunderte sich, als die Januarankämpfe des Jahres 1919 die Sozialdemokraten in Einheitsfront mit den wilhelminischen Weißgardisten brachten — gegen „Spartakus“, dagegen sehr viele ehrliche, kämpfende Proletarier auch aus der U.S.P., denen es Ernst war mit der Revolution.

Und wenn die Haase und Co. damals aus der Regierung austraten und sie so zu charakterisieren begannen, wie wir durch einige Kostproben oben es illustriert haben, so keineswegs aus prinzipiellen Gründen — denn die sind heute dieselben wie damals — sondern nur, um der Stimmung der vorwiegend links, radikal orientierten U.S.P.-Arbeiter Rechnung zu tragen. Lenin hatte durchaus recht, als er diese „Führer“ schon 1915 (!) „Mädchen für alles“ nannte.

Die Kämpfe um das Programm.

Das Programm einer Arbeiterpartei in revolutionärer Zeit ist von größter Bedeutung: spiegeln sich doch im Programm ab die Maßnahmen der leitenden Politiker der betreffenden Partei wie auch die Ziele, die sich die Partei steckt. Was hat die U.S.P. in der ersten Zeit der Revolution getan?

Sie hat sich zunächst für die bürgerlich-parlamentarische Form des Staates und seiner Apparate entschieden, trotzdem die Arbeitermassen durch ihre Arbeiter- und Soldatenräte bereits sich einen proletarischen Staatsapparat geschaffen hatten.

Sie hat damit im eigentlichen Sinne des Wortes die Revolution an die Bourgeoisie verraten: denn die „Demokratie“, in der die Bourgeoisie ihren gesamten Produktionsapparat — die Banken, die Presse, das Militär, die Polizei, die Pfaffen, Lehrer, Juristen, dazu noch das Parlament — behält, ist die Diktatur der Bourgeoisie. Das hat das deutsche Proletariat sehr wohl zu spüren bekommen.

Die Bourgeoisie, die sich in den ersten Tagen der Novemberrevolution verkrochen hatte, kam bereits nach den ersten Tagen der gemeinsamen Regierungstätigkeit der SPD. und USP. frech wieder zum Vorschein: sie begriff, viel eher als viele, allzu viele Arbeiter, daß jene Leute, die in „Radikalismus“ schwelgten, solange das zu nichts verpflichtete, zahnlöse Kläffer waren, ja Bewunderer der Bourgeoisie, die eher mit der Bourgeoisie gegen den „rebellierenden Pöbel“ als mit dem Proletariat gegen die feindliche Bürgerklasse gehen würden. Die Bourgeoisie begriff, daß die „Führer“ der Unabhängigen flennen und wehklagen würden im Bürgerkrieg der beiden Klassen, daß sie „versöhnen“ würden, was wie Feuer und Wasser unversöhnlich ist, nie aber den Kampf entschlossen aufnehmen — zur vollständigen Niederwerfung der Bourgeoisie.

Diese Haltung spiegelt sich ab im Programm der Partei. Nach den Januarkämpfen des Jahres 1919, in denen die USP.-Presse, anstatt Kampf auf Leben und Tod gegen die Noske-„Sozialisten“ zu predigen, „Einigung“, „Verständigung“, „Verhandlungen“ rief, kam der Märzparteitag der USP. Haben die Führer gelernt, sie, die ja so oft geschrieben, daß die Scheidemann—Ebert—Landsberg—Noske mit der Bourgeoisie gegen das Proletariat regierten? Sie, die also begriffen haben müßten, daß die süßlichen Redensarten von der „Demokratie“ Futter für Gimpel sind, ausgestreut von der Bourgeoisie und ihren Lakaien, um desto frecher die blutige Diktatur der bürgerlichen Klasse auszuüben?

Die Karikatur eines Programms der USP., das der Märzparteitag des Jahres 1919 brachte, zeigt am besten das Gesicht dieser Partei, die nie wußte, was sie wollte. Wenn Haase damals über das „Problem der Demokratie“ sagte:

„Nicht Nationalversammlung oder Räteystem ist die Frage. Es gilt beides zu vereinigen“,

so hat die Entwicklung gezeigt, was jeder vernünftige Mensch schon damals wußte: daß beides nicht vereinigt werden kann. Denn die Räte als proletarische Organe zur diktatorischen Niederhaltung der Bürgerklasse, zur proletarischen Verwaltung der Wirtschaft und des Staates können das bürgerliche schwindel-„demokratische“ Parlament eben so wenig dulden, wie umgekehrt, die sich als „Demokratie“ bezeichnende Diktatur des Industriekapitals die proletarischen Kontroll-, Verwaltungs- und Machtorgane, die Räte dulden kann.

Der Parteitag nahm nach einer äußerst konfuseu Diskussion, die sich um die lächerlichsten Dinge drehte („Schuldfrage“, „Völkerbund“) und in deren Verlauf sich Kautsky Windbeuteleien wie diese gestatten durfte:

„Gegen den Zustand der Diktatur des Proletariats habe ich nie etwas einzuwenden gehabt, im Gegenteil, dieser Zustand ist mit allen Mitteln (!) anzustreben. Die Frage ist nur, wie wir diesen Zustand erreichen sollen. Wenn dies geschehen soll auf dem Wege der Diktatur als Staatsform, die eine Entrechtung (!) anderer (! wer sind die „anderen“ Klassen?) Klassen bedeutet, kann ich das nicht mitmachen“

gegen nur 8 Stimmen jenes „Programm“ an, das eine Schande für die deutsche Revolution ist.

Und noch eines ist eine Schande für die deutsche Revolution: daß dieser Parteitag der USP. sich „abgrenzte“ von den russischen Bolschewiki und ihren „Methoden“. Schon hierdurch grenzte sich die ganze Partei ab von der wirklichen Revolution. Und in der Tat ist sie jetzt in ihren Phrasen erjoffen und kehrt zum offenen Reformismus zurück, in den Dienst des Sinnes und seiner Kumpane.

Doch dazwischen liegt die Annahme des Leipziger Aktionsprogramms. Breite Arbeitermassen waren in Deutschland, eben durch die Entwicklung der Revolution und durch die Angriffe der Reaktion selbst, revolutioniert worden. Das „böse“ russische Beispiel war verlockend. Allen Prophezeiungen zum Trotz stand die Sowjetregierung und kämpfte gegen unzählige Feinde.

Die Führer der USP., welche die Partei in der Hand hatten, und das waren stets die Hilferdingleute, begriffen, daß sie eine Konzeßion machen müßten an die radikalisierten Mitgliedermassen. Sie machten sie um so leichter, als es sich ja „lediglich“ um ein — harmloses Programm handelte: nachdem die Bourgeoisie wieder einigermaßen festen Fuß gefaßt hatte, konnte man sich ruhig zur „Diktatur des Proletariats“ und zum „revolutionären Räteystem“ bekehren, wie das im Leipziger Aktionsprogramm (Dezember 1919) geschah. Man konnte das um so mehr, als man sich in der angenehmen Lage sah, dieses Programm nicht verwirklichen zu müssen. Nicht einmal den Anschluß an die Dritte Internationale vollzog die „revolutionäre“ USP. damals. Die Massen forderten zwar entschiedene Schritte — die Leitung aber hielt sich an das bewährte Rezept der Versprechungen, zog den Anschluß hin und machte dadurch mit vieler Kunst die USPD., die Parteidebatten führen mußte, anstatt nach außen, gegen die Feinde zu kämpfen, aktionsunfähig, was auch der Zweck der Hilferdinge war und sich im Kapp-Putsch bitter rächte.

Erst der Herbst 1920 brachte die Spaltung der USP., und nichts ist lächerlicher als die Vorstellung, die Kommunisten hätten die USP. gespalten.

Nein, die Partei mußte sich spalten, genau wie die alte SPD., weil sie ein unnatürliches Bett war für Strömungen, die nicht miteinander verträglich sind.

Die scheinbare „Einheit“ der USP. war eitel Trug. Und nachdem die aktivsten Teile zur kommunistischen Partei gegangen waren, hatte die USP. ihr eigenes Todesurteil gesprochen:

Wir Kommunisten haben ihr bereits in Halle prophezeit, daß sie zurückkehren muß zur reformistischen und opportunistischen SPD., von der sie sich durch nichts unterscheidet als durch ihr „Programm“, das ein Fetzen Papier ist — ohne den Willen, auch nur einen Punkt davon durchzuführen.

IV. Der Tod der USP.

Der langsame Tod der Partei.

Das Todesurteil der USP. ist bereits in den Dezembertagen des Jahres 1918 gesprochen gewesen. Denn eine Partei, die sich nur durch Redensarten von der SPD. unterscheidet, hat keine Daseinsberechtigung. Freilich sahen das damals sehr breite Proletarierschichten noch nicht ein: sie nahmen das „radikale“ Geschwafel als bare Münze und strömten in die USP., die in Wirklichkeit bereits ihren Todeskampf begann. Aber diejenigen, die die Entwicklung voraussahen, waren schon damals für Aufgabe der USP. Bernstein trat in die SPD. ein, blieb aber gleichzeitig Mitglied der USP. und hatte damit das Wesen dieser Partei am besten gekennzeichnet. Aber als er vor die Frage gestellt wurde, zur einen oder zur anderen zu gehen, entschied er sich für die SPD. — und er war konsequent. Ströbel folgte ihm bald, dann kam Nestriepke.

Aber das — vielen unvermutete — Wachsen der USP. zog deren Absterben in die Länge. Noch mehr: da ehrliche, radikal gestimmte Arbeiter in Massen zur Partei kamen, Arbeiter, die sich im Kapp-Putsch heldenhaft schlugen, mußte die USP.-Leitung sogar Konzessionen an den linken Flügel machen und sogar sich stellen, als wolle sie die USP. der Dritten Internationale anschließen. Die Kommunistische Internationale wußte jedoch, mit wem sie es zu tun hatte: sie stellte Aufnahmebedingungen — und daß sie Recht hatte, zeigte das Verhalten der meisten „Führer“ der USP., die aus verkappten Antibolschewisten zu offenen wurden, und die vorzogen, mit Noske und Scheidemann zu gehen.

Die Spaltung in Halle war das Ergebnis, und nichts ist heuchlerischer als die Behauptung, „die Kommunisten“ hätten die USP. gespalten.

Nein, die USP. ist gespalten worden von jenen Rechtssozialisten in ihren eigenen Reihen, die heute mit fliegenden Fahnen zur Scheidemann-Noske-Partei übergehen und denen wir damals schon zuriefen: Ihr werdet bei Noske enden, weil Ihr von ihm nicht verschieden seid!

Aber der Bestandteil an revolutionären Arbeitern in der USP. war so groß, daß die Silberding-Leute den Anschluß seit dem Jahre 1920 bis jetzt, zwei Jahre hindurch, hinauszögern mußten.

Praktisch haben sie während dieser Zeit lediglich die Politik der SPD. als deren Anhängel gemacht.

In der Tat sind diese zwei Jahre im wesentlichen ausgefüllt mit der Erfüllungspolitik nach Wirthschem Muster, d. h. mit der Politik, die sich so kennzeichnen läßt: „Liebe Entente, ich bin „ehrlichen Willens“, dir alles zu geben, was du verlangst und werde aus dem Proletariat so viel herausquetschen, als mir nur möglich sein wird. Nur darfst du nicht böse sein, wenn ich dann doch nicht den vollen Betrag zahlen kann: das liegt nicht an mir, sondern an der Unvollkommenheit meiner Quetschmaschine, die ich dann werde noch mehr anspannen müssen.“

Die Wirkungen dieser Politik spürt das Proletariat Deutschlands tagtäglich schauernd am eigenen Leibe.

Aber hat die USP. wirklich diese Politik gemacht? Nun, sie hat Wirths Regierung gestützt, seit diese existiert. Als im Herbst 1921 die gerissenen Gewerkschaftsführer, um die Arbeiterklasse zu beruhigen, die Losung der „Erfassung der Sachwerte“ aufstellten, da machte sich die USP. diese

Lösung zueigen — um sie mit der SPD. zusammen bei der Abstimmung über das Steuerkompromiß fallen zu lassen. Vorher hatte sie der Regierung Wirth wiederholt ihr „Vertrauen“ ausgesprochen für deren „richtige“ Außenpolitik. Daß das eine demagogische Redensart ist, versteht jeder: denn die Außenpolitik Wirths ist eben die „Erfüllungspolitik“, d. h. die Politik, welche zur Voraussetzung hat die oben von uns gekennzeichnete Innenpolitik der rücksichtslosen Ausbeutung des Proletariats durch die eigentlichen Herren der deutschen Republik, die Stinnes und Konsorten.

Die USP. rettete mit der SPD. zusammen dieselbe Regierung während der Rathenaufriese und bot sich als Koalitionspartei an, drängte sich geradezu nach Regierungsteilnahme und bestätigte damit auch dem Verstocktesten die Richtigkeit der Bezeichnung „anonyme Koalitionspartei“, die die USPD. bis dahin führte. (Freilich bekam sie nicht einmal den ersehnten Ministerfessel.) Gemeinsam mit der SPD. sorgte die USPD. für die Brotverteuerung, gemeinsam mit der SPD. für eine wohlarrangierte Kommunistenheze — ebenso wie im März 1921 — um die Arbeiterklasse von ihren eigentlichen Aufgaben abzuziehen.

Wir weisen nur kurz auf all diese Dinge hin. Aber als Kronzeugen aus der jüngsten Zeit führen wir — USP.-Leute an. Die „linken“ USP.-Leute, die heute gegen die „Einigung“ mit der SPD. einen schwächlichen Kampf führen, plaudern trotzdem manches aus, was man jedem USP.-Arbeiter noch in zwölfter Stunde in die Ohren schreien soll.

Man höre, was Toni Sender in Dresden sagte (am 27. August 1922):

„Wir haben zweimal demonstriert und wir haben Mindestforderungen aufgestellt. Diese Mindestforderungen sind in dem Schutzgesetz nicht verwirklicht worden. Trotzdem wurde dieses Schutzgesetz angenommen, obwohl es die Möglichkeit des Vorgehens gegen links zuließ und obwohl in ihm keine Reichssekretive enthalten ist. Wie richtig die Einwände derjenigen Genossen waren, die auf diese Mängel hinweisen, hat die Praxis gezeigt.

War es richtig, daß man nach dem Rathenaumord der Austragung des Kampfes ausgewichen ist? Bei einer Auflösung des Reichstages hätten wir eine geschlossene Front der Arbeiterklasse im Kampfe gehabt. Die Einwände waren die, daß wir vor einer großen Krise stünden und daß, wenn es zur Reichstagsauflösung käme, der Dollar sicher bald auf 1000 gestiegen sein würde. Heute steht der Dollar auf über 2000, trotzdem keine Reichstagsauflösung stattgefunden hat und ich sage, vielleicht gerade deshalb. (Lebhaftes Sehr richtig!) Weiter wurde gesagt: Wir haben keine Wahlparole.

Diese Wahlparole zu geben, hatten wir auf der Reichskonferenz die Anregung gegeben. Man mußte seine Taktik von vornherein auf einen Kampf gegen die Reaktion einstellen. Es wäre notwendig gewesen, daß man, wenn man schon den Brief der Rechtssozialisten wegen des Eintritts in die Wirth-Regierung in bejahendem Sinne beantwortet hatte, wenigstens ein Programm und wirtschaftliche Mindestforderungen aufgestellt hätte. (Sehr richtig!) Daß mit dem Beschluß der Reichskonferenz nicht nur eine falsche Taktik eingeschlagen wurde, sondern eine neue Ideologie von der USP. angenommen wurde, die sich in Konsequenz des Beschlusses zu einer Annäherung an die Denkweise der SPD. herausbildete, haben wir vorausgesagt.

. . . Wenn wir von der Einheitsfront des Proletariats sprechen, dürfen wir nicht nur an die Freunde rechts von uns denken, sondern wir haben auch Freunde links von uns. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Einheitsfront nicht vollständig ist, wenn wir nicht die Kommunisten einbeziehen können. Wir wissen freilich, wie unglaublich schwer es ist, mit ihren Führern zusammen zu arbeiten, ich glaube aber, daß die Not, die vor uns steht, uns alle zusammentreiben wird. Wir begehen jedenfalls einen schweren historischen Fehler, wenn wir von vornherein den Kommunisten mit Feindschaft gegenüber treten.

Wenn die U.S.P. aber den Beschluß faßt, in die Koalition mit den bürgerlichen Parteien einzutreten, dann muß sie ihren Kampfcharakter verlieren.

Wir waren die Partei, die die Mission unternommen hatte, das Proletariat auf dem Boden des revolutionären Kampfes zu einigen. Ist aber die Einigung, die wir jetzt vornehmen wollen, die Einigung? Ich glaube, daß die Not, die vor uns steht, uns alle einseitig mit dem rechten Flügel der Arbeiterbewegung zusammenbringen wird. Dann müssen wir aber weiter bestrebt sein, das Programm der U.S.P. weiterzuführen, auch wenn es zur Einigung mit der S.P.D. kommt. Es kommt darauf an, daß wir uns einen festen Boden bewahren. Es gibt aber Genossen, denen die Einigung gar nicht schnell genug gehen kann, und die nicht einmal programmatische Forderungen für nötig erachten.“

Noch pessimistischer schreibt Rosenfeld in einem langen Artikel, aus dem wir einige Stellen wiedergeben wollen. Er wundert sich — naiv wie die „linken“ U.S.P.-Führer nun einmal sind — über die „plötzliche“ „Schwenkung“ der U.S.P. zur Koalitionspolitik und klagt, wie wir nach der „Leipziger Volkszeitung“ zitieren:

„Bis zu diesem Augenblick hatten wir der S.P.D. gerade aus ihrer Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien einen Vorwurf gemacht. Plötzlich taten wir dasselbe, was wir bisher der S.P.D. zur Last gelegt hatten. Wir trieben plötzlich die bis dahin in unseren Reihen so bekämpfte Koalitionspolitik.“

Und warum sollte plötzlich das richtig sein, was bis dahin falsch war? Die Freunde der Koalitionspolitik in unseren Reihen meinten, durch unseren Eintritt in die Regierung Wirth den Kurs des Reichsschiffes mehr nach links treiben zu können. Welche Illusion!

In Wirklichkeit ist es gerade umgekehrt: eine Partei, die außerhalb der Regierung steht, deren Unterstützung die Regierung aber braucht, um die Mehrheit des Parlaments zu erlangen, ist in der Regel viel einflußreicher als eine Partei, die durch die Koalition an die Regierung gefesselt ist. Wie oft haben wir dies gefühlt, wenn die Reichsregierung uns brauchte, um nicht zu Fall gebracht zu werden! Wie verstand die Reichsregierung dann, uns zu finden, und wie verstanden wir dann, unseren Einfluß auszunutzen.

Aber wir haben keinen Einfluß auf die Verwaltung, sagte man uns, wenn wir nicht an der Spitze einiger Ministerien stehen! Dabei kam für die Besetzung durch unsere Partei überhaupt nur das Wiederaufbauministerium und vielleicht noch das Außenministerium in Frage. Wer die Verhältnisse kennt, weiß aber, daß ein Minister, der mit bürgerlichen zusammen in einer Regierung sitzt, gerade in diesen beiden Ver-

waltungen am allerwenigsten durchgreifende Reformen durchführen kann und ganz und gar nicht in der Lage ist, die Reichspolitik entscheidend zu beeinflussen.

Es wurde uns zugemutet, in eine Regierung einzutreten, in der nicht weniger als drei von uns ganz besonders bekämpfte Minister, nämlich Gessler, Hermes und Gröner, wichtige Posten innehatten. Und man wollte uns glauben machen, daß zwei Mitglieder unserer Partei im Bunde mit solchen Kollegen eine sozialistisch orientierte Regierungspolitik treiben und wirksame Maßnahmen zum Schutz der Republik treffen könnten.

Nur zu viele Genossen vergaßen plötzlich, daß unsere Partei als Massenkampfpartei sich selbst und ihre Grundprinzipien aufgab, wenn sie den Versuch unternahm, im Bündnis mit bürgerlichen Parteien „sozialistische“ Politik zu treiben.

Die Gesetze zum Schutze der Republik hätten wir, weil sie unzulänglich sind, ablehnen und die Reichstagsauflösung und damit Reichstagswahlen herbeiführen sollen.

Ein Teil der Fraktion wollte Neuwahlen um jeden Preis vermeiden. Ein unmöglicher Standpunkt für die Fraktion einer wirklichen Massenkampfpartei! Statt daß man mit Begeisterung in den Wahlkampf ging und darauf brannte, unter der aufpeitschenden Parole „Monarchie oder Republik?“ in der günstigen Konstellation einer Einheitsfront der Arbeiterparteien einen energischen Wahlkampf zu führen, wich man der Entscheidung aus, und es kann nicht ohne Verechtigung gesagt werden: die USPD. trägt die volle Verantwortung dafür, daß die große Bewegung, die nach der Ermordung Rathenaus entstand, in einem faulen Kompromiß verstandete.

Also wir durften schon an sich nicht einem so schlechten und gefährlichen Gesetz wie dem Schutzgesetz zustimmen, nur um einem Wahlkampf zu entgehen.

Ebenso wenig können uns organisatorische Sicherungen davor schützen, daß die neue Partei die bisherige Politik der Rechtssozialisten fortsetzt. Denn selbst wenn unserer Partei völlige Parität auf dem Verschmelzungsparteitag und in der Besetzung aller Parteiämter zugesichert wird, gewährt uns das nicht die geringste Aussicht, den Vertretern des Massenstandpunktes entscheidenden Einfluß zu sichern, weil unter den Vertretern unserer Partei zahlreiche Genossen sind, die den rechten Flügel der SPD., der in dieser Partei maßgebend ist, stärken würden.

Bei dieser Sachlage kann überhaupt ernstlich von einer Verschmelzung der SPD. und USPD. gar nicht gesprochen werden, und die Frage, vor der wir stehen, muß korrekt so gefaßt werden: Will die USPD. in die SPD. eintreten?

Selbst wenn formell und dem Namen nach aus den beiden sozialistischen Parteien eine neue, eine vereinigte sozialistische Partei gebildet werden sollte, kann dies nach der ganzen Praxis der an Mitgliederzahl und Bedeutung stärkeren SPD. nur eine Reformpartei werden. Sie wird vielleicht — gewißigt durch die Erfahrungen der Kriegszeit — Vertretern des revolutionären Sozialismus zur Propagierung ihrer Auffassung zunächst Raum lassen, aber von einer Durchsetzung dieser Anschauungen wird keine Rede sein können.

Unter diesen Umständen würde die Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteien — jetzt vorgenommen unter den jetzt möglichen Bedingungen — eine neue Partei, vielleicht auch nur eine vergrößerte SPD. entstehen lassen, die überwiegend reformistisch orientiert ist, eine Partei, in der bestenfalls reformistische und revolutionäre Tendenzen miteinander ringen, eine Partei, in der dann dieselben Kämpfe stattfinden, die jetzt zwischen den beiden sozialistischen Parteien ausgefochten werden.

Das Ergebnis einer jetzt vorgenommenen Verschmelzung wäre also nicht eine einheitliche, sondern eine in sich gespaltene, jeden Augenblick von neuer Spaltung bedrohte Partei. Sie würde nicht die in sich geschlossene Partei sein, welche die Einigung auch nur der in dieser Partei vertretenen Teile des Proletariats bringen könnte.

Nur das Feuer des Klassenkampfes kann die sozialistischen Parteien zu einer Einheit zusammenschmieden. Erst wenn dies geschehen, wenn eine Uebereinstimmung der Parteien über die Methoden des Klassenkampfes erzielt ist, kann die organisatorische Verschmelzung der Partei erfolgen.

Gerade, weil ich die Einigung des Proletariats wünsche, bin ich gegen die jetzige Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien."

Die Vorkämpfe vor dem Tod.

Aber weshalb hat sich die USP. nicht schon längst der SPD. angeschlossen? — wird man fragen. Nun, die Antwort ist leicht. Die USP. hat zwar stets die Politik der SPD. gemacht — und die SPD. ging unbekümmert ihren Weg der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie — aber die Hilferding-Leute wußten sehr wohl, daß man einen Vorwand haben muß, und daß die ehrlichen USP.-Arbeiter ihnen nicht folgen würden, wenn sie ohne plausible Vorwand ihre „radikalen“ Phrasen einfach in den Sack stecken würden. Die Begründung der Notwendigkeit des Zusammenschlusses wird mit zwei Schlagworten gegeben. Das eine ist: „Einheitsfront“, das andere: „Kampf gegen die Reaktion“.

Bereits im Herbst vorigen Jahres hatten die Hilferding-Leute vorgearbeitet, und alles war bereit zum Zusammenschluß, als die SPD. ihre Görlicker Beschlüsse faßte, in denen ganz brutal die Notwendigkeit einer offiziellen, nicht bloß anonymen, Koalition mit Stinnes ausgesprochen wurde.

Das war ein Fußtritt für die Hilferding- und Crispian-Leute, die damit gerechnet hatten, daß in Görlick die SPD. „mit Gefühl“ die Notwendigkeit der Vereinigung mit der herrlichen USP. verkünden würden.

Aber die SPD.-Führer sind Realpolitiker. Sie wußten, daß erstens: das Deutsche Reich bankrott war und nur „gerettet“ werden konnte durch Stinnes oder die proletarische Revolution.

Sie wußten wahrscheinlich auch, daß die „Rettung“ durch Stinnes kaum eine Atempause bedeutete. Aber sie entschieden sich doch für Stinnes; denn sie fürchten die Revolution und wollen den Kapitalismus wieder aufbauen, weil sie eine andere Welt als die kapitalistische sich nicht vorstellen können.

Zweitens aber wußten die SPD.-Führer, daß die Hilferding-Leute ihre, der SPD., Politik auch ohne die formale Vereinigung machen würden.

Denn auch die Hilferding-Leute sind, trotz ihrer etwas „radikaleren“ Sprache, Arbeitsgemeinschaftler und Wiederaufbauer des Kapitalismus.

Drittens endlich wußten sie, daß die U.S.P. bankrott war (nicht nur finanziell!) und sowieso zur S.P.D. zurückkehren mußte.

Denn bei der Zuspitzung der Klassengegensätze in Deutschland war die ewig schwankende Mittelstellung nicht mehr haltbar. Deshalb ließen sich die S.P.D.-Führer nicht im geringsten beirren — und sie behielten recht.

Zwar tobten sich die Zentrlisten auf dem Leipziger Parteitag vom Januar 1922 noch einmal aus, und derselbe Crispian, der heute die „Einigung“ praktisch durchführt, schrie dort:

„Die Zweite Internationale war nationallistisch verseucht, und eine nationallistische Internationale hebt sich selber auf.“

Zwar erklärte dort Dittmann, einer der geschicktesten Regisseure der „Einigung“:

„Die U.S.P. hat den Kommunismus geistig besiegt (!)

Auch rechtssozialistische Arbeiter erkennen, daß die Koalitionspolitik immer weiter vom Sozialismus ablehrt

. . . . Nicht Klassenharmonie, sondern Klassenkampf ist unsere Lösung.“

und zwar verkündete das dort einstimmig angenommene Manifest:

„Indem die U.S.P. ihre klare Klassenkampfpolitik fortsetzt, frei von jeder Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien, ermöglicht sie den baldigen Zusammenschluß aller Arbeiterparteien für den siegreichen Endkampf des Proletariats.“

aber in Wirklichkeit waren schon die dort genannten Forderungen (1. Fortführung der sozialen Gesetzgebung; 2. Bekämpfung jeder Verlängerung der Arbeitszeit; 3. Ablehnung jeder Beschränkung der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts; 4. Erweiterung der Rechte der Betriebsräte; 5. Verwirklichung des Grundsatzes, daß der Staat die Pflicht zur Erhaltung bedürftiger, arbeitsunfähiger oder arbeitsloser Mitglieder der Gesellschaft hat; 6. Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts) eine glatte und vollständige Abkehr vom scheitrevolutionären Leipziger Aktionsprogramm (Dezember 1919) und eine starke Annäherung an das Görlitzer Stimmesprogramm der S.P.D., dessen Forderungen detaillierter ausgeführt sind und — eben solche Reformforderungen sind, wie die der U.S.P.

Aber auch das Leipziger Manifest war eine Posse vor dem Verrecken, ebenso wie der Hinauswurf der Hilferding-Redaktion aus der „Freiheit“, die durch die „linke“ Dittmann-Redaktion ersetzt wurde. Diese neue Redaktion machte viel rechtere Politik, nur plumper, gröber, dummer. Die Kommunistenhebe blieb dieselbe. Das Ausweichen vor allen politischen Fragen noch ungeschickter.

Denn in der Praxis haben die Unabhängigen im Parlament — außerhalb des Parlaments haben sie keinen einzigen Kampf mehr zu führen gewagt — das genaue Gegenteil von ihren Forderungen vertreten.

Mit ihrer Hilfe ist die Arbeitszeit verlängert worden (Eisenbahner; Süddeutsche Metallarbeiter); mit ihrer Hilfe ist nach dem Eisenbahnerstreik das Streikrecht den Beamten geraubt worden; mit ihrer Hilfe werden die Betriebsräte in ihren Rechten — die Revolutionsrechte sind! — beschränkt; mit ihrer Hilfe das Brot verteuert, die Steuern erhöht.

Und wenn sie in der Rathenaufriese die längst ersehnte Gelegenheit ergriffen, um unter dem Geschrei „Einheitsfront“ und „Kampf gegen die Reaktion“ endlich in die Reihen des Bollwerks der Reaktion, der SPD., zu flüchten, so wird jeder ehrliche Arbeiter begreifen: sie enden dort, von wo sie kamen und wohin sie gehörten, solange sie selbstständig existierten. Sie kehren zurück zur Partei der offenen Reformisten, und sie machen die Bahn frei für die revolutionären Arbeiter.

V. Die Kommunistische Partei und die Einheitsfront.

Nach dem Verschwinden der U.S.P. aus dem politischen Leben Deutschlands entsteht für die deutsche Arbeiterschaft eine neue Gefahr: zweifellos werden viele Arbeiter, die heute aus der U.S.P. zur SPD. gehen, weil sie wirklich glauben, daß auf diese Art die „Einheitsfront“ des Proletariats gebildet wird, sehr bald wieder angeekelt aus der „geeinten“ Partei fortgehen. Denn deren Politik wird jetzt noch reaktionärer sein müssen: steht ihr doch jetzt eine einzige proletarische Partei gegenüber, die ihre verräterische Politik unbarmherzig brandmarken wird.

Aber kein ehrlicher Klassenkämpfer darf der Arbeiterbewegung verlorengehen!

Sowohl, die SPD. wird weiterhin, und schlimmer als bisher, Stinnespolitik, Politik der Arbeitsgemeinschaft machen, Politik des ewigen Verrats, der Versprechungen an die Arbeiter und des Kuhhandels mit der Bourgeoisie, Politik der Auslieferung der deutschen Wirtschaft an die Bourgeoisie der ganzen Welt, um nur ja dem Klassenkampf gegen die Feinde der Arbeiterklasse zu entgehen.

Sowohl, die Not wird für die Arbeiter immer unerträglicher werden; die Ursachen der Verelendung werden nicht schwinden, und keine Redensarten über die „Schwierigkeiten“ der Regierung und über die „vorhandene Einheitsfront“, kein Schimpfen auf Moskau und keine Heze gegen die Kommunisten wird auch nur die Erkenntnis fernhalten können von den Arbeitern, daß nur der rücksichtslose Klassenkampf in geschlossener Einheitsfront des Kampfes gegen die Bourgeoisie, um konkrete Forderungen und mit konkreten Mitteln, die Arbeiter auch nur einen Schritt vorwärts bringen kann.

Diese rauhe Wahrheit hat niemand den Arbeitern gesagt, als die Kommunistische Partei. Unbeeinflusst durch die Verleumdungen, durch Verfolgungen der staatlichen Organe der „Demokratie“ ist die K.P.D. ihren Weg gegangen, stetig wachsend, stetig an Einfluß gewinnend. Noch im Januar schwadronierte Dittmann davon, daß die U.S.P. die K.P.D. „geistig besiegt“ habe.

Heute liegt die U.S.P. mit zerschlagenen Knochen im Graben und kriecht zerschunden und hilflos bei der SPD. unter.

Heute braucht man kein Prophet zu sein, um zu sagen, welchen Weg die „Vereinigte Sozialdemokratische Partei“ gehen wird.

Ihr „Aktionsprogramm“ liegt heute vor:

Es ist die vollständige Kapitulation vor dem Reformismus; es geht weit zurück hinter das Erfurter Programm; es ist noch reaktionärer als das vorjährige Görlitzer Programm der SPD.

Denn es verzichtet mit Absicht auf jede Forderung, die greifbar wäre. Es stellt eine bunte Speisekarte von Wünschen dar, ohne auch nur mit einem Wort zu sagen, wie diese „Forderungen“ zu erkämpfen sind. Es deklamiert von „wissenschaftlichem Sozialismus“, sagt sogar etwas von „Klassenkampf“, bekennt sich aber tatsächlich zur bürgerlichen Demokratie, erwähnt die Revolution mit keinem Wort, sagt nichts darüber, ob Koalitionspolitik mit den Bürgerlichen statthaft ist oder zu entschuldigen ist mit „besonderen Umständen“.

Dafür enthält das famose Programm das Bekenntnis der „moralischen“ Verpflichtung zur „Wiedergutmachung“.

In demselben Augenblick, in dem Stinnes den fettesten Vertrag abschließt, den je ein Unternehmer abgeschlossen, in demselben Augenblick, in dem die Koalitionsregierung die „Aktion“ des Stinnes mit allen Mitteln unterstützt, den Arbeitern den Achtstundentag, das Streikrecht, das Koalitionsrecht rauben will, in demselben Augenblick bekennt sich das Programm der „Vereinigten Sozialdemokratie“ zur Stinnespolitik, zur Politik der rücksichtslosen Ausbeutung der Arbeiter, zur Politik der Todfeinde des ringenden, ins tiefste Elend gestoßenen deutschen Proletariats.

Und derselbe Crispian, der 1919, vor dem Leipziger Parteitag, höchst „radikal“ schrieb:

„Wenn wir die Geschichte der Arbeiterbewegung von 1875 an bis 1919 kritisch betrachten, dann sind die Fragen erlaubt: War die Einigung nicht trotz alledem zu teuer erkauft? Sind die vorübergehenden Erfolge so wertvoller als der verschärzte dauernde Gewinn? . . . Ich kann nicht anders, ich glaube, daß es 1875 richtiger gewesen wäre, die Klarheit über alles zu stellen. Gewiß, die Einigung wäre nicht so rasch und so glatt zustande gekommen. Es wäre mühevoller gewesen, die Arbeiter auf ein Programm auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus zu einigen. Aber der dauernde Gewinn für die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung wäre von segensreicher Wirkung gewesen. Eine innerlich einigte, klare und zielbewußte Partei hätte sich in allen Stürmen bewährt.“

Derselbe Crispian trompetet heute nicht nur für die Einigung, sondern gegen die Kommunisten, die diese „Einigung“ — Verrat nennen und gegen die russischen Kommunisten, die im Interesse der revolutionären Arbeiterbewegung Leuten wie Crispian mißtraut, mißtraut und nochmals mißtraut haben — und Recht behielten.

Jeder ehrliche Arbeiter der USPD. und SPD. überlege sich jetzt:

Wem nützt diese „Einigung“?

Sie nützt nur der Bourgeoisie — und die Bourgeoisie lobt auch ausgiebig das „Programm“ der „Vereinigten“; und die Demokraten sagen von ihm, es sei „vernünftig“, und die Phrasen vom „Klassenkampf“ und „Sozialismus“ könne man in Kauf nehmen. Herr Stinnes lobt es durch seine Tintenfüß — und er weiß weshalb:

Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei wird die getreue Schildhalterin des Stinnes sein!

Arbeiter der USPD! Arbeiter der SPD!

Wenn Stinnes Eure Führer lobt, so heißt das, daß er den Nutzen von Eurer „Einigung“ hat!

Die „Einigung“ der sozialdemokratischen Führer ist die Einigung mit der Bourgeoisie, ist die Schwächung der Arbeiterschaft, ist die Stärkung der Todfeinde: der Klasse der Stinnes, der Ludendorff und der Wirth, der Industriekapitäne, der Orgeschhäuptlinge und der Pfaffen.

Und wir Kommunisten rufen Euch in zwölfter Stunde zu: besinnt Euch, ehe Ihr diesen Schritt tut!

Nur eine Partei besitzt heute noch das deutsche Proletariat, die das Banner des Klassenkampfes hochhält. Nur eine Partei, die mit allen ihren Voraussetzungen Recht behalten hat. Nur eine Partei aber weiß auch in Deutschland, daß das deutsche Proletariat durch alle Gefahren hindurch seinen Weg findet, wenn es wieder zurückkehrt auf den steilen, den dornenvollen, den opferreichen Pfad des revolutionären Klassenkampfes.

Und nur eine Partei weiß, daß nur sie dem deutschen Proletariat den Weg weisen kann, trotz aller Schwierigkeiten: die Partei Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, die Partei, die weder Noskes Gardes noch die Orgeschbanditen haben behindern können auf ihrem Weg.

Welche Presse hat den Mut, den Arbeitern zu sagen, was ist? Nur die kommunistischen Zeitungen, denn die Kommunisten wissen, daß die Kräfte des Proletariats unermesslich sind, wenn es sich nur auf sich selbst besinnt.

Wer allein kann den Arbeitern die Kampfziele und das Wesen der wahren Einheitsfront zeigen?

Die kommunistische Partei, denn sie fürchtet sich nicht vor den Auseinandersetzungen mit den Opportunisten und Zentrifisten, und sie weiß, daß erst im Kampfe um gemeinsame Ziele das Proletariat nicht nur die Einheitsfront bildet, die nun und nimmer dadurch entsteht, daß zwei Parteien sich vereinen, und daß im Kampfe allein die Arbeiter alle Schlacken von sich werfen, alle Illusionen über „Demokratie“, „Reformen“, Kampfweg und Kampfziele und Zutrauen bekommen zu sich selbst, zum Proletariat, das sich allein befreien muß und wird und kann.

Aber die Kommunisten wissen auch, daß viele ehrliche Arbeiter nur deshalb nicht zur SPD. beigetreten sind, weil sie sie nicht kennen.

Wir fordern deshalb alle Arbeiter auf, denen die Sozialdemokraten durch ihre Presse nichts bieten kann, unsere Presse zu lesen. Auch ihre ehrliche proletarische Mitarbeit werden wir begrüßen: wir vertragen nicht nur Kritik, wir wollen sie und wir beherzigen sie, wo sie berechtigt ist.

Aber wir rufen zugleich allen ehrlichen Arbeitern, mögen sie stehen, wie sie wollen, zu: Erst Klarheit! Dann Einheit!

Die Zeit fordert Kämpfer, und Kämpfer sein, heißt heute: Kommunist sein.

Verlaßt die Parteien des Klassenverrats!

Schließt Euch an der Partei des Klassenkampfes, der kommunistischen Partei Deutschlands!

Keiner sehe beiseite — und der Sieg gehört dem Proletariat.

▷ 380/80/40034(6)

62

X13<8040034600011

Wichtige Neuererscheinungen
kommunistischer Literatur:

Koalitionspolitik oder Klassenkampf?

Eine Abrechnung Rosa Luxemburgs mit
der Koalitionspolitik zwischen sozialisti-
schen und bürgerlichen Parteien / Aus-
führlich eingeleitet von Paul Frölich

K A R L M A R X :

Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei

mit einer ausführlichen Einleitung und
sechs Anhängen / Herausgegeben von
Karl Korsch / Eine höchst wichtige
Schrift zur Frage der Einheitsfront

Wohin steuern die freien Gewerkschaften?

Eine Sammlung der wichtigsten Beschlüsse
des 11. Kongresses des Allgemeinen Deut-
schen Gewerkschaftsbundes unter beson-
derer Berücksichtigung des Wirkens der
kommunistischen Fraktion



Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten
(Frankes Verlag) G. m. b. H. Berlin SW 61

Wichtige Neuererscheinungen
kommunistischer Literatur:

Koalitionspolitik oder Klassenkampf?

Eine Abrechnung Rosa Luxemburgs mit
der Koalitionspolitik zwischen sozialisti-
schen und bürgerlichen Parteien / Aus-
führlich eingeleitet von Paul Frölich

K A R L M A R X :

Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei

mit einer ausführlichen Einleitung und
sechs Anhängen / Herausgegeben von
Karl Korsch / Eine höchst wichtige
Schrift zur Frage der Einheitsfront

Wohin steuern die freien Gewerkschaften?

Eine Sammlung der wichtigsten Beschlüsse
des 11. Kongresses des Allgemeinen Deut-
schen Gewerkschaftsbundes unter beson-
derer Berücksichtigung des Wirkens der
kommunistischen Fraktion



Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten
(Frankes Verlag) G.m.b.H. Berlin SW 61

Freie Universität Berlin



x-rite

colorchecker CLASSIC

100mm